

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der G. Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M. 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
bezirk, sonst im sonst.
inl. Verk. M. 1.80 in Post-
bezirkgeb. Preise freibl.
Preis einer Nummer
10 f.

In Fällen höh. Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Eicherung der Zeitung od.
auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Austrägerinnen
jederzeit entgegen.

Preisnehmer Nr. 4.
Gebrauch Nr. 24
O. U. - Sparte für Neuenbürg.

Einzigpreis:
Die einpaltige Beilage
oder deren Raum 25 f.,
Reklame-Zeile 80 f.,
Kollektiv-Anzeigen 100
Proz. Zuschlag. Offerte
und Ausschreibung
20 f. Bei größeren
Ausschreibungen, die
im Falle des Nichter-
folgens hinfällig sind,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Tarifände-
rungen treten sofort alle
früher vereinbarten
außer Kraft.
Gerichtsstand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Nachr. wird keine
Gebühr übernommen.

Nr. 218.

Donnerstag den 18. September 1930.

88. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 16. Sept. Gegenüber den in der Presse wiederholenden Behauptungen, daß sich noch deutsche Kriegsgefangene in Sibirien befinden, erfahren wir von unrichtigster Seite, daß sich tatsächlich keine Kriegsgefangenen mehr in Sibirien befinden, sondern daß es sich vielmehr nur um Leute handelt, die freiwillig dort zurückgeblieben sind. Diejenigen, die heute noch zurückkehren wollen, können übrigens immer noch auf Reichsfiskus den Rückweg antreten.

Bayerische Volkspartei gegen Hitler.

München, 17. Sept. Die Augsburger Volkzeitung, das führende Organ der Bayerischen Volkspartei, wendet sich entschieden gegen Experimente in der Außen- und Innenpolitik. Die parlamentarische Demokratie mag fehlerhaft sein, sagt das Blatt, aber sie ist immerhin noch sehr viel besser als die Diktatur nach Hitlerschem Muster. Wenn wir die Demokratie vernichten, verteidigen wir auch die Ordnung. Allerdings müssen wir auch fordern, daß diejenigen, die sich zur Demokratie bekennen, auch für das Funktionieren des demokratischen Systems sich verpflichtet fühlen. Wir möchten hoffen, daß die Sozialdemokraten etwas gelernt haben, und daß die Volkspartei mit den verwandten Gruppen nun vor allem darauf bedacht sein werden, den Trennungsschritt gegen die Nationalsozialisten scharf und deutlich zu ziehen. Auf Grund dieser Überlegungen, so fährt das Blatt fort, sei die heutige politische Lage gar nicht als so schlecht zu betrachten. Man könne hoffen, daß sich eine Mehrheit im Reichstag finden werde, die erstens eine außenpolitische Katastrophenvorsicht ablehnt, zweitens innenpolitisch für Aufrechterhaltung der Ordnung und Gesetzmäßigkeit sorgt, und drittens die Nationalsozialisten nicht an die Macht kommen läßt.

Wer zahlt die Münchener Polizeikosten?

München, 17. Sept. In der Münchener Stadtratssitzung ist man gestern wieder sonderbare Dinge erlebt. Anlaß dazu gab erneut die Polizeikosten, die die Stadt München an die Polizeidirektion abzuführen hat. Auf der Galerie im Rathaus saß man wieder viele Nationalsozialisten und auch die Stadträte waren nahezu vollständig im Saal. Der Hauptauschuss und der Stadtrat hatten bekanntlich mit Mehrheit abgelehnt, den Betrag von 5,8 Millionen Mark als Beitrag der Steuer zu den Kosten der Polizeidirektion in den Gemeindehaushalt einzuschließen. Die Regierung von Oberbayern als Verwaltungsbehörde veranlaßte nun den Stadtrat in einem Schreiben, daß dieser Beschluß wieder aufgehoben werde und daß die Summe in den Gemeindehaushalt eingestellt und die Kürzung des Betriebsbudgets angeordnet werde. In der heutigen Stadtratssitzung erklärte nun der Finanzreferent, daß sich der Stadtrat bei dieser Verfügung der Regierung beugen solle, da weder eine Beschwerde zum Verwaltungsgerichtshof noch zum Ministerium des Innern angeht, da der liegende gesetzliche Verpflichtung der Stadt irgendeine Rücksicht auf Erfolg habe. Die Nationalsozialisten traten dem Antrag, daß der Stadtrat Beschwerde zum Verwaltungsgerichtshof einlegen solle. Der Oberbürgermeister Scharnagl ließ sich mehrmals veranlassen, beleidigende Ausdrücke der Nationalsozialisten gegen die Polizeidirektion und den Polizeipräsidenten zurückzuweisen. Schließlich wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschen, der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 16 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der freien bürgerlichen Mitte die Einlegung der Beschwerde zum Verwaltungsgerichtshof beschlossen.

Was besagt für Koalition mit den Nationalsozialisten.

Berlin, 16. Sept. In der Kreuzzeitung" nimmt heute Graf Bessler Stellung zum Wahlergebnis. Er kommt zu dem Schluß, daß die Bildung einer großen Koalition unmöglich sei, weil die bisherigen Parteien einer großen Koalition nur 20 Stimmen aufbringen würden, während die absolute Mehrheit 29 beträgt. Die Wirtschaftspartei und die aus der internationalen Volkspartei hervorgegangenen Parteien hätten nach seiner Ansicht für eine große Koalition niemals in Frage kommen. So sei die Bildung einer großen Koalition nicht durchführbar. Dagegen ergebe sich bei Zusammenfassung von Zentrum, Bayerischer Volkspartei, Nationalsozialisten, Deutschen, den aus der internationalen Volkspartei hervorgegangenen Parteien, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Bauernpartei und der Deutschen Volkspartei eine Mehrheit von 37 Stimmen, die auch bestehen bleibe, wenn eine der kleineren Gruppen sich nicht beteiligen würde. Die Regierungsbildung werde sich nicht der Aufgabe entziehen dürfen, über diese Mehrheitsbildung in Verhandlungen einzutreten, wenn sie alle parlamentarischen Möglichkeiten ausschöpfen will. Der Schluß geöffneter Agitation des Wahlkampfes dürfe, wo vaterländische Arbeit zur Rettung aus der Katastrophe in Frage stehe, den Weg zur Pflichterfüllung nicht verschließen. Voraussetzung dieser Regierungsbildung sei die Loslösung des Zentrums von der Sozialdemokratie in Preußen, die auch aus den Konservativen gefordert worden sei. Es bleibe noch in Frage offen, ob die Verbindung mit den Nationalsozialisten das Programm der Hilfe für die Landwirtschaft und den Osten, der umfassenden Reformen der Sozialversicherung, der Finanzen und der Wirtschaft sich durchführen und weiter ausbauen läßt, um dementsprechend der Reichspräsident den Reichstag aufgelöst hat. Das Zentrum habe oft ausgesprochen, daß es sich berufen fühle, andere Parteien zur Verantwortung zu ziehen. Die Nationalsozialisten bieten sich ihm jetzt als Bezugsobjekt an. Man werde es ihnen — im Ernst gesprochen — nicht erlauben können, den Rücken zu führen, da sie, ihrer so überraschend gewonnenen Stärke entsprechend,

gewählt und fähig sind, verantwortlich an der Leitung der äußeren und inneren Politik teilzunehmen.

Kommunistische Obstruktion im Berliner Stadtparlament.

In der heutigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die zum erstenmal nach den Sommerferien wieder zusammengetreten war, kam es gleich zu Beginn zu lärmigen der Kommunisten, deren Dringlichkeitsanträge gegen die Ratverordnungen des Reichspräsidenten, die bereits einmal in einer Ferien Sitzung behandelt werden sollten, gegen die Stimmen der Antragsteller und der Nationalsozialisten nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Die Kommunisten mochten einen derartigen Lärm und beschimpften insbesondere die sozialdemokratischen Stadtverordneten, unterstützt von kommunistischen Tribünenführern, derart, daß eine weitere Verhandlung unmöglich war und der Vorsteher die Sitzung unterbrechen mußte.

Reichsinnenminister Dr. Wirth über die politische Lage nach den Wahlen.

Berlin, 16. Sept. Reichsinnenminister Dr. Wirth sprach heute abend im Rundfunk über die politische Lage nach den Wahlen. Der Minister führte u. a. aus: Der Radikalismus hat eine Schlächt gewonnen; aber — Klingt es auch paradox — die Regierung behauptet das Schlachtfeld, das heißt: sie regiert, sie bleibt im Amt, sie fährt fort, die Probleme der Finanzen, des wirtschaftlichen und sozialen Lebens genau wie in den vergangenen Monaten nach sachlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Wir werden Gelegenheit nehmen, in den nächsten Wochen auch dem Wähler vor den Augen zu sagen, auf welcher Seite unsere Vorlagen sich darstellen werden. Wir umgeben die Frage nicht, ob wir durchkommen mit den Kräften, die heute hinter uns stehen. Es ist ja bekannt, daß uns an einer Mehrheit die 29 Stimmen umfassen müßte, 80 Stimmen fehlen. Die Opposition ohne Sozialdemokratie umfaßt 206 Stimmen. Es lehnt also der Regierung, auch wenn die Sozialdemokratie völlige Neutralität proklamieren würde, immer noch 17 Stimmen. Eine Neutralität der Sozialdemokratie wäre demnach nicht annehmbar, um die Regierung auch nur vor einem Mißtrauensvotum zu sichern. Wir wollen den ganz klar zum Ausdruck kommenden radikalen Strömungen ein klares, sachliches, soziales, wirtschafts- und finanzpolitisches Programm entgegenstellen. Verfassungsändernde Gesetze sind gegen einen Block der reinen Reaktion nicht möglich. Eine sogenannte Rechtsfront könnte nur dann politisch wirksam werden, wenn die Bayerische Volkspartei und Zentrum dazutreten. Das ist politisch nicht diskutierbar. Man kann unmöglich an der Frage vorbeigehen: Wie ist diese politische Explosion im deutschen Volk möglich gewesen. Man kann nicht von einem gefunden Verfassungsleben sprechen, wenn aus der Tiefe des Volkes Ströme des Radikalismus ausbrechen, die geradezu dem Ausdruck eines Kulturschicksal sind. In allem Ernste sei es gesagt: was das deutsche Volk in einer zwölfjährigen harten Schule des Leidens und Entragens ausgehalten hat, das hat seine Grenze erreicht. Wer draußen in der Welt nicht sieht, daß die Grenze des Möglichen für das deutsche Volk gekommen ist, der möge sich einmal prüfen, ob er nicht selbst einmal jung gewesen ist. Jung sein, heißt doch Lebenshoffnung in sich tragen. Eine Jugend ohne Hoffnung, ohne Lebensfreude, das ist ein Widerspruch in sich. Die Staatsmänner aller Nationen mögen sich einmal innerlich überlegen, ob nicht die Zeit gekommen ist, wo die Probleme des deutschen Volkes im Rahmen der jetzt fast die ganze Welt betreffenden Wirtschaftskrise mit Erfolg einer Prüfung zugeführt werden müssen. Für das Maß des unpolitischen Geistes, der auch jetzt aus dem deutschen Volk durch die Wahlergebnisse ausgebrochen ist, darf man nicht das deutsche Volk allein verantwortlich machen. Wir sind von dem Willen befeuert, das deutsche Volk zur Selbstverantwortung zu führen, h. e. es zu politisieren in wahrstem Sinne des Wortes. Nicht ausschließlich wir sind schuld an Dingen, für die die ganze Welt mitverantwortlich ist. Der Appell an die deutsche Jugend ist deshalb ein Appell an die Jugend der Welt. Zum Schluß kündigte Dr. Wirth Ausführungen anderer führender Politiker im Rundfunk an und sagte: Wir geben zur Arbeit. Die Arbeit wird eine rein sachliche sein. Wer guten Willens ist, möge an unsere Seite treten. Die Regierung führt, und sie wird weiter führen.

Ausland.

Die geschlossene Abwehrfront.

Genf, 16. Sept. Das Bankett der Völkerbunds-Journalisten brachte eine lebendig improvisierte, aber in Wirklichkeit wohl vorbereitete Rede Briand's, dem der englische Außenminister Henderson das Stichwort gab. Von dem englischen Außenminister wurde nämlich auf die zwischen England und Frankreich bestehenden Meinungsverschiedenheiten hingewiesen und angeregt, durch Vermittlung der französisch-italienischen Anstimmungen in der Seabrünnungsfrage zu schließen. Diese Erklärung benutzte der französische Außenminister, um vor der Weltpresse die Erklärung abzugeben, daß Frankreich und England aus den momentan herrschenden Meinungsverschiedenheiten in der Abwehrfrage einen Ausweg finden werden. Die Freundschaft zwischen den beiden Nationen ist eine Tatsache, sagte der französische Außenminister. Was seit geraumer Zeit in den französischen diplomatischen Kreisen gemunkelt wurde, kam in der Erklärung Briand's zu deutlicherem Ausdruck: Frankreich strebt die Wiederherstellung intimer Beziehungen zu England an und ist bereit, in der Seabrünnungsfrage „Opfer“ zu bringen. Es sucht gleichzeitig Italien zu gewinnen, das einer allgemeinen kolonialpolitischen Verhandlung mit Frankreich nicht abgeneigt ist und auf dem Gebiete der Abrüstungspolitik ein Kaufgeschäft anbietet. Die vermit-

telnde Rolle Englands wird von Briand als nützlich anerkannt. Es wird von einem leitenden französischen Diplomaten erklärt, daß der „englisch-französische Verständigungsakt“ auf dem Journalistenbankett in Deutschland nach Gebühr bewertet werden soll. Dieser Akt, so erklärte der Diplomat, enthält eine Tendenz gegen die Nationalsozialisten und die Duguesbergleute. Es soll in dem neugewählten Parlament diesen Parteien begünstigt machen, daß Frankreich und England Schlichter an Schlichter für die Sicherung des europäischen Friedens eintreten und daß sie in Kürze Italien neben sich ziehen werden. Das Ergebnis der deutschen Wahlen, sagte der französische Diplomat, hat die Beschränkung der englisch-französisch-italienischen Aussprache zur unmittelbaren Folge. Um den deutschen Nationalisten einen Kegel vorzuführen, wird man auf unserer Seite im Eiltempo den Interferenzausgleich mit Italien durchführen. Reichsaussenminister Dr. Curtius, dessen maßvolle Rede einen guten Eindruck gemacht hat, dürfte die Bedeutung der Reden Henderson's und Briand's auf dem Journalistenbankett erkannt haben.

Der französische Außenminister Briand widmete dem verstorbenen Stresemann einen ergreifenden Nachruf. Curtius zugewendet sagte Briand: „Stresemann und ich kamen uns langsam näher. Allmählich gewannen wir zueinander Vertrauen, tauschten unsere Gedanken aus und sprachen von unseren Plänen und Hoffnungen. Vor meinem geistigen Auge sehe ich die Gestalt Stresemann's, ich fühle ihn neben mir, er blickt mich an. Auge in Auge stehen wir uns gegenüber, prüfen uns, und ich darf sagen, er hat mein Vertrauen nie getrübt, niemals, wie ich mich in ihm niemals getäuscht habe.“ Der greise Briand sprach diese Worte zitternd wie ein tiefes seelisches Bekenntnis aus. Der Reichs-Briand trauerte um seinen dahingegangenen Freund und Kameraden. Diese erschütternde Ansprache mit dem dahingegangenen deutschen Freund war dazu bestimmt, ein Echo im deutschen Volk zu erwecken, denn Briand dürfte unversehrt auf Dr. Curtius, als er Stresemann's gedachte und fügte hinzu: „Niemand verlangte ich eine Preisgabe nationaler Interessen Deutschlands, niemals wurde an mich ein Ansehen gestellt, Interessen meines Landes preiszugeben.“

Dr. Curtius ergreift, von starkem Beifall begrüßt, in deutscher Sprache das Wort. Er wies darauf hin, daß die Völkerbundsverhandlungen zwischen zwei Völkern verliefen; auf der einen Seite siehe die nationale Verantwortung der Staatsmänner, die unter seinen Umständen preisgegeben werden dürfe, auf der anderen Seite die Verantwortung für das internationale Leben, dem sich kein Staat entziehen könne. Die Aufgabe von Genf sei es, diese beiden Verpflichtungen miteinander in Einklang zu bringen. Es handle sich um die zwingende Notwendigkeit, eine Verbesserung der Interessen herbeizuführen. Unabhängig von Paragraphen und Verträgen auf dem Wege gegenseitigen Vertrauens und direkter Aussprache von Mann zu Mann sei es möglich, die schwierigen Fragen zu verhandeln. Auf dieser Plattform müsse jetzt gemeinschaftlich weiter an dem großen Werk des Friedens gearbeitet werden.

Henderson unterstrich die Solidarität der englischen und der französischen Regierung in den großen internationalen Fragen. Er trat mit auffallender harter Betonung dem Gerücht entgegen, als ob zwischen dem Standpunkt beider Regierungen in irgend einer Frage grundlegende Gegensätze beständen. Es handle sich nur um Gegensätze der Methode. Das Ziel, dem beide Regierungen zustrebten, sei das gleiche.

Pariser Wahlbetrachtungen.

Paris, 16. Sept. Die französischen Blätter setzen ihre Kommentare zu den deutschen Wahlergebnissen fort. Deutlich scheiden sich die Geister. Auf der einen Seite Mahnung zur Zurückhaltung und Räßigung, verständnisvolles Eingehen auf die deutschen Wirtschaftsnöte und die Erwartung, Deutschland werde in einer letzten Anstrengung unter Zusammenfassung aller gesunden und staatsbehaltenden Kräfte der Parteien versuchen, der Lage Herr zu werden. Auf der anderen Seite scharfes Mißtrauen gegenüber der zukünftigen deutschen Entwicklung, Drohungen und das Verlangen, mit der bisherigen Verschuldungspolitik ein Ende zu machen. Der „Temps“ erteilt dem deutsche Volk eine schwere Rippe, weil es nicht verstanden habe, daß ihm vom Ausland entgegengebrachte Vertrauen zu rechtfertigen. Mit ihrem Wahltriumph haben die schlimmsten Gegner der Demokratie, der Feindbild und des Friedens dem Ausland neues Mißtrauen eingefloßt. Lange Zeit und viele Beweise des guten Willens werden für Deutschland nötig sein, um das durch die Wahlen in der internationalen Meinung mit einem Schlag verloren gegangene Feld wieder zu erobern. Andere Blätter wiederum vergleichen die Wahlen mit einem Fieberanfall, der ebenso leicht zurückgehen werde, wie er gekommen sei. Die gemäßigten Zeitungen fordern, die bisherige Friedenspolitik mit Deutschland fortzusetzen. Für das Zustandekommen der großen Koalition wird teils die Volkspartei, teils das Zentrum verantwortlich sein. Auf alle Fälle aber hätte der Reichspräsident das letzte Wort zu sprechen. Die nationalsozialistische Presse mißt die Kriegsgefahren an die Wand und fordert den sofortigen Rücktritt des Außenministers Briand.

Weitere italienische Stimmen.

Rom, 17. Sept. Nach einem anfänglichen Gefühl der Verwirrung über die unerwarteten Resultate der deutschen Wahlen beginnt heute die italienische Presse Stellung zu nehmen, und zwar — mit verschiedenen geringen Vorbehalten — zugunsten der Nationalsozialisten. Die „Lavoro d'Italia“ verwendet sogar als Titel eines Beilages Hitlers Wort vom „erschauenden Deutschland“. Die sozialistische Presse nimmt allgemein an, daß mit dem Sieg der Nationalsozialisten eine



